

Sperrfrist für Veröffentlichung Dienstag, 13.12.2022 16:00 Uhr!!!

Kreistag - Haushaltsrede 2022

13.12.2022

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren
liebe Leute!

Wichtige Entscheidungen stehen für den Kreishaushalt und die Finanzen an, oder wie es der Landrat bei der HH-Einbringung formuliert hat –„ Aufbruch in andere Zeiten“, was wohl bedeutet ... die fetten Jahre sind vorbei.

Die Freien Wähler“ hatten in den letzten Jahren immer wieder darauf hingewiesen, dass es so nicht weitergehen wird. Leider hatten wir Recht!

Lassen Sie mich die HH-Anmerkungen gliedern nach den Schlüsselpositionen:

1. Berufliche Schulen
2. Soziales
3. Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und IT
4. Eigene Gesellschaften
5. Finanzen

Berufliche Schulen

Unsere 17 kreiseigenen Schulen lassen wir uns, nach Abzug aller Zuwendungen und Einnahmen und ohne Investitionen im kommenden Jahr rd. 19,6 Mio. € kosten. Das sind durchschnittlich fast 1,2 Mio. € pro Schule. Der Nettoressourcenbedarf (also der Zuschussbedarf im laufenden Haushalt) hat damit innerhalb von 2 Jahren um fast ein Viertel zugenommen. Das ist zum Teil auch auf die ausgiebigen Digitalisierungsmaßnahmen zurückzuführen.

Ich sage das nicht als Kritik, sondern als Feststellung. Wir, die Freien Wähler, halten Bildung nach wie vor als eine der vordringlichsten Aufgaben des Kreises.

Jährlich besuchen ca. 10.700 Schülern unsere Beruflichen Schulen, denen wir damit einen Schulabschluß ermöglichen. Eine Qualifikation für den Start ins Berufsleben und unser Beitrag zum Fachkräftemangel.

Leider leben in Deutschland derzeit über 1,5 Mio. junge Menschen weder mit einem Studien- Schul- noch Berufsabschluss. Schwer vermittelbar fehlen sie als Fachkräfte dem Arbeitsmarkt.

So stehen wir auch hinter den erheblichen Investitionen in Schulgebäude, die wir in den nächsten Jahren zu schultern haben. Sie sind gleichzeitig auch Beitrag zum Klimaschutz. Sorgen machen uns dabei die explodierenden Baukosten. So haben wir z.B. 2020 den Neubau der Steinsbergschule in Sinsheim beschlossen und dabei ein recht großzügiges Budget von 14,9 Mio. € zur Verfügung gestellt. Ein Jahr später musste der Kostenrahmen um 1,8 Mio. € angehoben werden, inzwischen, wieder ein Jahr später müssen wir weitere 3,2 Mio. nachbeschließen und mit Baukosten in Höhe von 19,9 Mio. € rechnen. Das ist ein Drittel mehr als noch vor 2 Jahren prognostiziert. So können wir nur hoffen, dass die Baupreise für die Maßnahmen, für die wir im kommenden Jahr Planungsraten veranschlagen, nicht in ähnlicher Weise explodieren.

Sozialetat

Im Teilhaushalt „Soziales und Jugend“ wird insgesamt ein negatives Ergebnis von rd. -283,6 Mio. € prognostiziert. Somit ergibt sich im Vergleich zur Vorjahresplanung ein Mehrbedarf von rd. 16,4 Mio. € davon im Sozialamt +7,04 Mio. € und Jugendamt: +7,93 Mio. €.

Die Steigerungen der Aufwendungen für soziale Leistungen schießen überproportional in die Höhe und bringen unsere Finanzlage in ein Ungleichgewicht, das leider auch noch mit vielen Unwägbarkeiten verbunden ist. In nahezu allen von den Steigerungen betroffenen Bereichen sind es landes- und bundespolitische Entscheidungen, die die Mehraufwände verursachen, aber auch Fallzahlenerhöhungen, die letztlich dem immer stärker zu spürenden demografischen Wandel geschuldet sind.

Der Dauerbrenner „Bundesteilhabegesetz“ mit seinen tiefgreifenden Reformansätzen sorgt für Verschiebungen im Leistungsbereich, aber auch in der Ämterstruktur. Vor allem bedingt durch diese Reformen wird bei der Eingliederungshilfe für 2023 eine Aufwandssteigerung von ca. 10 Prozent erwartet. Hinzu kommt eine deutliche BTHG-geschuldete Steigerung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (Mehraufwendungen von rd. 3,0 Mio).

Einen kleinen Lichtblick stellt die Steigerung der Leistungen der Pflegekassen dar, die sich aufwandsreduzierend im Bereich der subsidiären Hilfe zur Pflege

niederschlagen. Im Vergleich zur Planung 2022 reduziert sich das Defizit - um rd. 4,7 Mio. € auf 20,4 Mio. €.

Außer Appellen an Bund und Land, diese nicht absehbar sinkenden Kosten durch gesteigerte Zuweisungen an die Kreise auszugleichen, bleiben uns als Landkreis nur wenige Mittel, aus den roten Zahlen zu kommen.

Auf Grundlage der „Leitsätze zur Integrierten Sozialplanung für den RNK“ und dem „Förderkonzept für den sozialen Bereich“ haben wir für alle Förderungen im sozialen Bereich eine kreisweite Konzeption beschlossen.

Somit orientieren sich nun alle Förderungen sowohl in fachlicher als auch in finanzieller Hinsicht an einheitliche Maßstäbe mit pauschalieren Abrechnungen.

Jetzt wird erst sichtbar welche Mittel dazu bereitgestellt werden. Allein 2023 rd. 2,2 Mio. € an Beratungsstellen für Wohnungslose, häuslicher Gewalt, und Schuldnerberatung, Psychologische Betreuung, Wohlfahrtspflege, und Selbsthilfegruppen um nur die größten zu nennen.

Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und IT

Der Klimaschutz ist ein zentrales Zukunftsthema.

Der Kreistag hat im Dez. 2021 das Klimaschutzkonzept fortgeschrieben, mit den Kommunen eine Kooperationsvereinbarung abgestimmt und für die „klimaneutrale Verwaltung“ Personalstellen geschaffen.

Im November wurde die Studie zu den „Ausbaupotenzialen der Erneuerbaren Energien“ im Kreisgebiet im Detail vorgestellt.

Der Konzern Rhein-Neckar-Kreis setzt das Pariser Klimaschutzabkommen um und wirbt für ein gemeinsames Vorgehen bei Kommunen, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Ein sehr guter und professionell aufgearbeiteter Bericht, den die Freien Wähler unterstützen. Das gilt vor allem auch für die Klimasteckbriefe für die 54 Kreiskommunen. Um die lokale Umsetzung zu stärken, wird jeder Kommune eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Erreichung der energiepolitischen Strategie an die Hand gegeben.

Die Potenzialdarstellung stellt damit aber keinen konkreten Umsetzungsplan dar, weil die Flächen nicht in der Zuständigkeit des Kreises liegen. Die Rolle des Kreises

beschränkt sich darauf Förderer und Koordinator zu sein.

Die Erkenntnisse der Studie sind nun wissenschaftlich belegt und lassen sich schnell zusammenfassen:

Um die ambitionierten Klimaschutzziele des Rhein-Neckar-Kreises zu erreichen, muss der Ausbau der regenerativen Energieträger bis zum Jahr 2040 deutlich beschleunigt werden. Gleichzeitig ist es erforderlich, Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz zu forcieren.

Und dennoch: **Es wird nicht reichen!**

Beim Strom vielleicht, bei der Wärme nicht.

Allein die Vorstellung dass neben dem 8-fachen Zubau auf Dachflächen (was möglich ist), ein erheblicher Zubau von Freiflächen-Solaranlagen - auf 4.900 ha Fläche - dafür im Rhein-Neckar-Kreis rd. **7500 ha Fläche für 405 Windräder** überbaut würden – liebe grüne Freunde – ist so unrealistisch, wie die Vorstellung dass die Sonne immer scheint und ständig Wind weht.

Ich zitiere:

Bei ambitionierter Umsetzung auf Grundlage der zuvor beschriebenen Annahmen, kann im Jahr 2040 der Stromsektor bilanziell zu 100 % aus lokalen erneuerbaren Energien versorgt werden, der Wärmesektor zu 88 % und der Verkehrssektor zu 64 %.

Also: Lassen Sie uns wohl überlegt weiter unseren Weg gehen im Rahmen unserer Möglichkeiten bei den kreiseigenen Gebäuden. Der Masterplan dazu wird von der Verwaltung in 2023 vorgelegt. Der von den Grünen im Ausschuss - aus der Hüfte geschossene Antrag – einfach mal 3 Mio. € zusätzliche Mittel für den Klimaschutz zu veranschlagen, ohne konkrete Maßnahmen – lehnen wir kategorisch ab.

Dabei ist schon jetzt festzuhalten, dass Bau- und Investitionsmaßnahmen die höchsten Potenziale zur Minderung der Treibhausgasemissionen ergeben werden. Neben der Umsetzung der Maßnahmen muss deren Erfolg und die Wirksamkeit regelmäßig überprüft und bewertet werden. Das Monitoring und die Evaluation sind daher weitere wesentliche Aufgabenpakete zur Zielerreichung „Klimaneutrale Kommunalverwaltung“ bis 2035. Dieser Prozesskreislauf wird nun mit erheblichen finanziellen Ressourcen im Jahr 2023 „in Gang gesetzt“ bzw. umgesetzt.

Luftschlösser bauen – wird es mit den Freien Wählern nicht geben.

Ein weiteres trauriges Kapitel ist der ÖPNV!

Ohne funktionierenden ÖPNV wird die Verkehrswende nicht gelingen.

„Aufbruch in andere Zeiten“ hatten wir uns dabei anders vorgestellt.

Die blumige Ankündigung der „Mobilitätswende“ von Verkehrsminister Herrmann mit dem Halbstundentakt im gesamten Kreis von früh bis spät war unausgegoren und scheint auch ein Rohrkrebierer zu werden. Dabei kürzt er noch die Regionalisierungsmittel. Wer soll das bezahlen, woher kommen die zusätzlichen Busse und Bahnen und das Personal?

Auch das vom 9 €-Ticket „umfirmierte“ 49 €- jetzt „Deutschlandticket“ – das ist eine stolze Preissteigerung von 544 %, war großmundig angekündigt und kann doch nicht vor Sommer, vielleicht Frühjahr eingeführt werden.

Städtern wird's vielleicht nützen – die große Mehrheit in den ländlichen Regionen hat keinen Mehrwert.

Vielleicht hätte man die Fachleute dazu hören sollen. So wird das nix! Wer die Defizite trägt ist immer noch nicht geklärt.

Besser wäre es nach unserer Auffassung gewesen das Geld in die Infrastruktur zu stecken, Gleise bauen, Busse und Züge zu kaufen, das Angebot verbessern, verlässlich den Fahrplan einhalten, dann wären auch mehr Fahrgäste umgestiegen.

Es wird ohnehin schwer die Defizite im ÖPNV zu finanzieren bei explodierenden Energie- und Spritpreisen. Gut dass wir uns im Kreistag auf den ÖPNV-Verlustrausgleich geeinigt haben. Zumindest darauf können sich die Gemeinden verlassen.

Bei der Radwegeplanung haben wir einen Schritt nach vorne gemacht.

Unser 2. Strategisches Ziel sieht die Umsetzung einer durchgängigen Fahrradinfrastruktur, Gewährleistung hoher Verkehrssicherheit und damit eine stetige Steigerung der Fahrradnutzung im Alltags-, Beruf- und Freizeitverkehr im Rhein-Neckar-Kreis vor.

Dass wir dabei ausgerechnet in Adersbach – dem Nabel der Welt mit 620 EW – beginnen, ist schon erstaunlich.

Dort wird ein 4,1 KM langer Radweg gebaut. Geplant für 2,4 Mio. €, schnellen die Kosten auf 4,75 Mio. € an.

Den Vogel ... pardon die Kröten ... schießt dabei die auf 800 m Länge zusätzlich zu bauende Amphibienleiteinrichtung für 650.000 € ab.

Damit hätten wir sinnvoller tun können.

Das ist der Bevölkerung nicht zu vermitteln, auch wenn es dafür Zuschüsse gibt. Das sind auch Steuermittel!

In Zeiten in denen es Gemeinden gibt, die keine 20.000 € zusätzlich für die Anschaffung von Stromaggregaten für Stromausfälle in „Krisenzeiten“ für den Bevölkerungsschutz haben.

Eigengesellschaften

Die GRN-Kliniken leiden wegen politischer Vorgaben und mangelnder finanzieller Unterstützung der Politik und Krankenkassen unter dem System.

Die Situation ist hinsichtlich der Defizite dramatisch.

Das prognostizierte Defizit vom Sommer von 5.7 Mio. €, ist nach aktuellem Stand auf 12,6 Mio. € explodiert.

Das Defizit der Krankenhäuser wird nach den auslaufenden Corona-Hilfen, negativ beeinflusst durch Energiepreisexplosionen und einer ausgeprägten Steigerung bei den Personalkosten hin zu Kosten für Leiharbeitsfirmen.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung, dass die Corona-Krise langsam auslaufe und ein abklingendes Problem sei, sind in den Kliniken die Fallzahlen mit Corona höher denn je. Entsprechend hoch ist der Aufwand, die Materialkosten, der Bedarf an Hygieneartikeln und Schutzkleidung. Zudem sind die Beschaffungspreise in allen Bereichen massiv gestiegen. Eine Fortführung der Corona-Hilfen ist nicht zu erwarten, sodass die Hilfen nur im ersten Teil des Jahres entlasten.

Energiepreissteigerungen schlagen massiv zu Buche (+2,7 Mio.). Bundespolitisch wurde versprochen, Energiepreissteigerungen für die Kliniken abzufedern. Es ist verschiedenes in Planung. Genaues weiß man nicht- wie so vieles verkündet die Bundesregierung vollmundig Entlastungen – hoffen wir dass es nicht nur heiße Luft ist, lieber Herr Gesundheitsminister Heiner Lauterbach.

Zu viel wurde versprochen – zu wenig wurde gehalten.

Die Kliniken der GRN stehen im Hinblick auf das Personal auch in Konkurrenz zu anderen Krankenhäusern, insbesondere in HD. Dort können teilweise höhere Löhne gezahlt werden, was ebenfalls zu Abwanderungstendenzen führt.

Hinsichtlich der geplanten Baumaßnahmen im KKH Sinsheim sollen die weiteren Entwicklungen im Gesundheits- und Krankenhauswesen kritisch beobachtet werden. Der Bau wird derzeit nicht in Frage gestellt. Zumindest ist aber eine regelmäßige Einordnung und Neubewertung in Anbetracht der rasanten Entwicklungen sinnvoll und angebracht.

Im Rahmen der Neuordnung der Uni-Kliniken Mannheim und Heidelberg wird es zu Umstrukturierungen kommen. Hier müssen die GRN-Kliniken in die Planungen einbezogen werden.

Der Patient GRN ist unverschuldet zum Pflegefall geworden.

Ohne Hilfe wird er die Operation am offenen Herzen nicht überstehen.

Die Freien Wähler bekennen sich nach wie vor zu unseren Kliniken. Sie dürfen aber nicht zum dauerhaften Sanierungsfall werden.

AVR-Gruppe

Die AVR sowie die Tochtergesellschaften der AVR-Gruppe entwickeln sich gut, und sind wirtschaftlich erfolgreich.

Die AVR-Gruppe hat sich auch in der Coronapandemie bewährt, die Abfallwirtschaft hat ständig gut funktioniert.

Die Verunsicherung im Energiesektor mit tsunamiartigen Wellenbewegungen ist ein unkalkulierbarer Unsicherheitsfaktor. Die Wirtschaftlichkeit ist belegt, auch wenn durch die Turbulenzen und Verwerfungen in der Wirtschaft die Abfallwirtschaft unter diesen Prämissen leidet.

Die Wertstoffvermarktung gleicht einer Achterbahnfahrt mit hohen und niedrigen Erlösen, dennoch ist für 2023 keine Gebührenerhöhung notwendig.

Im gewerblichen Bereich arbeiten wir erfolgreich am Markt.

Wir sind im Sinne des Klimaschutzes voll im Trend der Zeit mit einer benutzer- und umweltfreundlichen Abfallwirtschaft im privaten und öffentlichen Bereich. Geordnete Stoffströme, eine hohe Verwertungsquote mit zusätzlich erzeugtem Biogas und grünem Strom, sind Vorzeigeprojekte unserer modernen Abfallwirtschaft und Beitrag zum Umweltschutz.

Ein Skandal ist nach unserer Auffassung, dass auf der Deponie in Sinsheim eine seit Sommer komplett auf Halde liegende Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 2.000 kWp nicht installiert werden kann. Dies, weil sich die Behörde –das Reg. Präs, nicht festlegen konnte, ob die Genehmigung im Planfeststellungsverfahren anstatt des Anzeigeverfahrens zu genehmigen ist.

Unglaublich!

Da frage ich mich, ob die in Karlsruhe auf der Höhe der Zeit leben. So wird das nix mit der Energiewende!

Die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden erhalten!

Aus Sicht der Freien Wähler ist dies der zentrale und der wichtigste der Leitsätze des Rhein-Neckar-Kreises. Denn ohne den dauerhaften Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit des Kreises **und** seiner Kreisgemeinden bräuchten wir uns über die anderen Leitsätze und die zahlreichen strategischen Ziele keine Gedanken machen. Sie wären schlichtweg nicht zu erreichen.

Mit dem Verzicht auf die vorgesehene Erhöhung der Kreisumlage liegt nun ein Haushalt vor, der diesem zentralen Leitsatz gerecht wird.

Dies freut uns sehr, denn es ist wichtig, dass über die Solidarität des Rhein-Neckar-Kreises mit seinen Gemeinden nicht nur geredet, sondern dass diese auch tatsächlich gelebt wird.

Zwar weist der Haushalt ein Gesamtergebnis aus, das mit 39 Millionen € ein weiteres Mal negativ ist.

Doch der Rhein-Neckar-Kreis kann sich dies leisten!

Aufgrund des sehr guten Rechnungsergebnisses, verfügt der Landkreis nach wie vor über eine hohe und mehr als ausreichende Liquidität.

Denn mit diesem Haushalt wird der Landkreis erneut seiner Verantwortung sowohl für die Kreisfinanzen gerecht als auch seiner Verantwortung, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu erhalten.

Dann wird es allerdings kritisch ab 2024!!

Jeder kann sich die Belastungen ausrechnen, die sich aus einer 4 – 5 **Prozentpunkten** höhere Kreisumlage für die Gemeinden ergeben.

Investieren auch in wirtschaftlich unsicheren Zeiten.....

Der Landkreis und der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik werden bis 2026 insgesamt 180 Millionen € investieren.

Dies unterstützen die Freien Wähler ausdrücklich, handelt es sich doch durchweg um Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Rhein-Neckar-Kreises!

Ob es sich um den Erwerb, die Sanierung und die Erweiterung Polizeidirektion, den Neubau der GRN-Klinik in Sinsheim, den Neubau im Stift Sunnisheim oder die zahlreichen Maßnahmen zur Digitalisierung von Verwaltung und Schulen handelt – alle diese Maßnahmen bringen den Landkreis voran.

In Anbetracht dieses beachtlichen Investitionsvolumens lässt sich das strategische Ziel, die Verschuldung bis Ende 2026 auf 70 Millionen € zu begrenzen nicht länger halten.

Vielmehr wird, Stand heute, die Gesamtverschuldung von Kernhaushalt und Eigenbetrieb auf 125 Millionen € steigen.

Dies ist ohne Zweifel ein Wermutstropfen.

Allerdings werden auch Werte geschaffen, an die bei Festlegung dieses strategischen Ziels noch niemand gedacht hat.

Und: Es handelt sich um Investitionen, die weit in die Zukunft reichen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist es durchaus sachgerecht, dass diese teilweise auch mit Krediten finanziert werden. Deshalb tragen wir die Änderung dieses strategischen Ziels mit.

Personal

Im Stellenplan 2023 sind insgesamt 1.618 Stellen ausgewiesen – sage und schreibe **55 Stellen** mehr als 2022.

Der Stellenplan entwickelt sich seit Jahren nur in eine Richtung: steil nach oben!

Unsere Fraktion hat sich deshalb im Vorfeld erneut intensiv mit dem Stellenplan auseinandergesetzt. Unser Dank gilt hier vor allem Herrn Bäuerlein, der uns die Notwendigkeiten jeder einzelnen neuen Stelle ausführlich und nachvollziehbar erläutert hat.

Ein kleiner Trost ist immerhin, dass knapp die Hälfte dieser Stellen ganz oder teilweise von anderer Seite finanziert wird.

Dennoch sehen wir die Entwicklung des Stellenplans mit Sorge.

Noch im Jahr 2011 wies der Stellenplan 1.200 Stellen aus, 2023 werden es 35 Prozent mehr sein.

Wir fragen uns: Wie sollen die vielen Stellen noch finanziert werden, sollte in Folge des russischen Angriffskriegs und der Energiekrise es tatsächlich zu einer Rezession und einem anhaltenden wirtschaftlichen Einbruch mit niedrigem Steueraufkommen kommen?

Ein großes Problem ist dabei die von Bund und Land auferlegte ausufernde Bürokratie.

Eine überbordende Bürokratie lähmt Wirtschaft und Verwaltung in einem nie da gewesenen Umfang. Das hat ein Ausmaß angenommen, dass die Bedenkenträger in Deutschland fast alle Genehmigungen in die Infrastruktur zeitlich in die Länge ziehen, wenn nicht ganz verhindern.

Das Heer der Naturschutzbeauftragten, Klimamanager, Integrationsmanager, Flüchtlingshelfer, Biodiversitätsmanager, Sicherheits- und Gleichstellungsbeauftragten, Verkehrsmanager und Fahrradbeauftragten, freigestellte Personalräte, Schulsozialarbeiter und Streetworker u.v.a. werden sicherlich demnächst dann einen Mediator benötigen der versucht alles wieder unter einen Hut zu bekommen.

Alles Faktoren für einen zunehmenden Personalkörper!

Abschluss

Nach zwei Jahren der Entbehrungen die durch die Coronapandemie geprägt waren – mussten wir schmerzlich feststellen dass mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine – wieder Krieg in Europa ist.

77 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ist wieder Leid und Elend zurückgekehrt mit Folgen die uns Alle berühren.

Die neue Flüchtlingswelle stellt Kreis und Gemeinden vor extreme Herausforderungen. Gleichzeitig sind die Energiepreise explodiert, die Inflation in die Höhe geschneilt; viele Menschen können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen.

Der Staat hat zwar Rettungsschirme gespannt, aber alles kann er finanziell nicht auffangen.

Es bleibt die Hoffnung, dass sich die Lage wieder stabilisiert und normalisiert, die Energiereserven ausreichen und wir gemeinsam gut durch den Winter kommen.

Alan Kay (ein amerikanischer Informatiker) hat einmal gesagt:

„Die Zukunft kann man am besten voraussagen, wenn man sie selbst gestaltet“.

Dies tun wir in unserem Zuständigkeitsbereich mit dem Haushalt 2023.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen – trotz aller differenzierter Auffassungen und politischer Unterschiede – für das gute, konstruktive Miteinander im Kreistag.

Wir „Freien Wähler“ danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns Rhein-Neckar-Kreis und der Gesellschaften für ihre nicht immer einfache und dennoch gute Arbeit.

Ihnen Herr Landrat Stefan Dallinger für den vertrauensvollen, kollegialen Führungsstil und die frühzeitige Einbindung der Fraktionen in die Entscheidungsfindung.

„Aufbruch in andere Zeiten“ mit allen Ungewissheiten und Unbekannten - uns wäre es lieber wenn es heißen würde ... „Zurück in die Zukunft“

Da war auch nicht alles gut, aber vieles besser.

Die Freien Wähler stimmen dem HH 2023 der H-Satzung mit allen Anlagen zu.